



Juliette



Vielfalt in
Freiheit

Liebe JuLis, liebe Leserinnen und Leser,

Ich hoffe, es geht euch trotz dieser außergewöhnlichen Zeit gut und ihr seid wohlauf.

Die Juliette mit dem Titel: „Vielfalt in Freiheit“ greift dieses mal wieder ein immer wichtiger werdendes Thema auf: Die Diskriminierung von Minderheiten in unserer Gesellschaft.

Wir leben in einem freien Land, in dem sich alle Nationalitäten und Kulturen gemeinsam zuhause fühlen können. Zumindest sollte das so sein... Leider erleben Menschen in unserem Land täglich Konfrontationen, die alles andere als ein heimisches Gefühl vermitteln.

Laut Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat sich die Zahl der Meldungen seit dem Jahr 2010 auf über 4.000 verdoppelt. Davon waren 33% der Beratungsanfragen aufgrund von Diskriminierung gegenüber ethnischer Herkunft und 29% aufgrund von Diskriminierung eines Geschlechts. Auch das Gleichbehandlungsgesetz von 2006 hatte wohl keinen nennenswerten Effekt. Toleranz kann nun mal nicht nur gesetzlich verordnet werden.

In dieser Ausgabe werden Menschen von ihren unterschiedlichen Erfahrungen mit Diskriminierung berichten.

In der Hoffnung, dass ihre Ideen in Zukunft gleichwertige Begegnungen auf Augenhöhe möglich machen.

Zudem werfen wir noch einen einen kurzen Blick auf unseren letzten Landeskongress zurück. Diesen konnte unser Orga-Team trotz allen Corona Auflagen ermöglichen.

Ich freue mich auf Kritik, Anregungen und Ideen. Viel Spaß beim Lesen,

Euer Linus



Linus Molin ist Beisitzer für Publikationen und Chefredakteur der Juliette.

IN DIESER AUSGABE

IMPRESSION

- 03 Rückblick 78.
Landeskongress

IMPULSE

- 05 Alltagsrassismus und seine Facetten
-Maurice Ehinlanwo
- 07 Blut ist nicht schwul oder hetero!
-Dr. Jens Brandenburg
- 09 Antisemitismus in Deutschland
-Anna Staroselski
- 13 Die Verherrlichung der weiblichen Reize durch die moderne Meme-Gesellschaft
-Eileen Lerche
- 15 Antiziganismus im Alltag
- Chana Dischereit
- 17 Diskriminierung ist für LGBTIQ immer noch Alltag
-Benjamin Brandstetter
- 19 Migration ist die Mutter aller Vielfalt
-Denis Anwar & Robert Dehghan

IMPRESSUM

Redaktion, Gestaltung und Satz

Linus Molin

Verantwortlich i.S.d.P.

Linus Molin

Herausgeber

Junge Liberale Baden-Württemberg e.V.

Linus Molin

Rosensteinstraße 22

70191 Stuttgart

www.julis-bw.de

Disclaimer

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Verbandes oder der Redaktion wieder. Satzfehler und Irrtümer vorbehalten. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt zugesandtes Material.

Bildrechte

Stockphotos von www.unsplash.com. Alle weiteren Bilder sind von dem Vorstand oder von weiteren Juli Mitgliedern selbst aufgenommen.

78. Landeskongress

Unser Pressesprecher Pascal Schejnoha gibt einen kleinen Rückblick von dem letzten Landeskongress...

Es war ein Landeskongress der besonderen Art: Während wir in Heilbronn Anfang März noch einen LaKo nach alter Tradition abhalten konnten, stellte Corona den Herbst-LaKo vor große Herausforderungen. Am Ende fiel die Wahl für den 78. Landeskongress auf das Neckarforum in Esslingen. Das bot unseren Delegierten ausreichend Platz, um in einem gebührenden Abstand wieder etwas Kongress-Stimmung in die zuvor recht ereignisarmen Monate zu bringen. Corona-bedingt wurde der Kongress auch nur an einem statt zwei Tagen abgehalten.

Time to update – unter diesem Motto war die Erneuerung unseres Grundsatzprogramms der wichtigste Tagesordnungspunkt des LaKos. Denn die letzte Aktualisierung war bereits mehr als 13 Jahre alt und bewegte sich damit zu einer Zeit, als das iPhone unsere Smartphone-Generation von heute auf den Weg gebracht hat. Seitdem ist natürlich einiges passiert und so haben wir unser Grundsatzprogramm an einigen Stellen auf die aktuelle Zeit und deren Herausforderungen angepasst. Vielen Dank an dieser Stelle an unser ehemaliges (Roland Fink und Alena Trauschel) und neues Programmatik Team (Hieronymus Eichengrün und Paul Thies) sowie an alle Mitglieder,

die vor oder während des Kongresses an unserem neuen Grundsatzprogramm mitgewirkt haben.

Nach dem beschlossenen Grundsatzprogramm blieb sogar noch Zeit für weitere Anträge, die es nach fleißiger Diskussion in unsere Beschlusslage geschafft haben: Neben mehr Solidarität für die Opposition in Belarus fordern wir außerdem Öffnungsperspektiven für die Weihnachtsmärkte im Land.

Als Highlight am Schluss haben wir als Landesvorstand den ersten Trailer für den Landtagswahlkampf gezeigt. Mit unserem JuLi-Motto „Zeit für Zukunft“ wollen wir unser progressives Landtagswahlprogramm präsentieren und dich dazu motivieren, trotz der schwierigen Umstände einen coolen Wahlkampf mit uns zu gestalten! Das Video gibt es auf unserem neuen YouTube-Kanal zum Nachschauen.



Pascal Schejnoha ist Pressesprecher der Julis BW.



Alltagsrassismus und seine Facetten

Maurice Ehinlanwo schreibt über den Alltagsrassismus und wie dagegen vorgegangen werden kann.

Durch die weltweite Black-Lives-Matter Bewegung wurden in den vergangenen Monaten verschiedenste Themen im Zusammenhang mit Rassismus Thema des politischen Diskurses. Doch eine Form von Rassismus ist politisch besonders schwer greifbar:

– Alltagsrassismus.

Was ist eigentlich Alltagsrassismus?

Alltagsrassismus dient in erster Linie als eine Art Abgrenzung zu dem Rassismus, der von Organisationen, Parteien oder auch Personen des öffentlichen Lebens praktiziert wird. Diese Art von Rassismus ist oft ausgeprägt und verfolgt meistens ein Ziel, bspw. mehr Wähler zu generieren.

Alltagsrassismus ist das genaue Gegenteil, von dem gerade beschriebenen Rassismus. Wie der Name schon impliziert, ist er alltäglich und findet zwischen dir und mir statt. Er ist weniger offensiv, und schwieriger zu erkennen, als der eben angesprochene Rassismus. Doch genau darin liegt das Problem.

Während der „große“ Rassismus für jedermann leicht zu erkennen ist und aus politischer Sicht vergleichbar leicht zu bekämpfen ist, ist der Alltagsrassismus tief in unserer Gesellschaft verankert und bietet aus politischer Sicht wenige Ansatzpunkte, um dagegen vorzugehen.

Doch was kann man tun?

Alltagsrassismus ist etwas, was sich in den Köpfen der Menschen befindet. Es ist bis zu einem gewissen Punkt menschlich, denn jeder hat gewisse Vorurteile. Verwerflich werden diese Vorurteile aber, sobald wir anfangen unserem Gegenüber keine Chance einzuräumen aus dieser Schublade herauszukommen in die wir ihn gedanklich gesteckt haben. Und genau das passiert bei Alltagsrassismus.

Um dieses Phänomen loszuwerden reicht es nun nicht aus rein politisch vorzugehen. Denn egal wie gut ein politischer Ansatz ist, er kann nicht ändern was in den Köpfen von Menschen vorgeht. Um dies zu ändern braucht unsere Gesellschaft Zeit. Wir müssen unserer Gesellschaft Zeit geben, um diese Vorurteile abzubauen und aufeinander zuzugehen. Durch die Globalisierung und das Internet wurden bereits unglaublich viele Vorurteile abgebaut. Dies hat dazu geführt, dass unsere Generation die vermutlich weltoffenste und toleranteste Generation ist, die jemals gelebt hat. In den Köpfen des Großteils unserer Generation wurden diese Vorurteile und Schubladen schon abgebaut. Nun müssen wir darauf bauen, dass diese Entwicklung weitergeht und auch dafür sorgt, dass unsere Kinder noch toleranter und noch weltoffener werden als wir es sind.

Wie können wir politisch vorgehen?

Doch damit möchte ich nicht sagen, dass wir rumsitzen und Däumchen drehen sollten, bis sich das Problem von alleine löst. Während dieser Prozess, welcher die Denkweise in den Köpfen der Menschen ändert, Zeit beansprucht, muss die Politik dafür sorgen, dass unsere Gesellschaft möglichst wenige Angriffspunkte für Alltagsrassismus bietet und diesen dort verurteilt wo er auftritt.

Zum einen muss trotz der oben erwähnten Abgrenzung zum „großen“ Rassismus klar sein, dass Alltagsrassismus und der Rassismus von Organisationen oder auch Parteien miteinander korrelieren. Denn klar ist, dass der politische Rassismus den Alltagsrassismus befeuert. Der erste Ansatz um gegen Alltagsrassismus vorzugehen ist also den Weg weiterzugehen, den wir bereits gehen, nämlich die politische Rechte auf politischer Ebene zu bekämpfen.

Des Weiteren müssen politische Projekte, wie bspw. anonymisierte Bewerbungsverfahren, Rassismus-Studien in der Polizei usw. vorangetrieben werden. Wir müssen den Menschen, welche rechtes Gedankengut in ihren Köpfen haben, jegliche Chancen nehmen andere Menschen im Alltag zu diskriminieren. Gleichzeitig müssen wir Projekte wie

Erasmus oder ähnliche Austauschprogramme unterstützen und ausbauen, sodass Vorurteile schon früh im Leben von Schülern und Studenten abgebaut werden können.

Arbeiten wir an diesen Aspekten kontinuierlich weiter, bin ich davon überzeugt, dass wir auf kurze Sicht eine Gesellschaft haben in der niemand Opfer von Alltagsrassismus werden muss und auf lange Sicht in einer Gesellschaft leben werden, in der diese Vorurteile in den Köpfen der Menschen gar nicht erst existieren.



Maurice Ehinlanwo ist Beisitzer für Finanzen im Landesvorstand.

Blut ist nicht schwul oder hetero!

Unser Abgeordnete Jens Brandenburg schreibt in diesem Beitrag über das immer noch bestehende Blutspende-Verbot.

Gleich zu Beginn der Corona-Krise schlug das Rote Kreuz Alarm: Vielerorts wurden die Blutkonserven knapp. In vielen Bundesländern reichten die Vorräte nur noch für einen Tag. Damit nahm der Mangel an Blutspenden seinen Höhepunkt – schon seit Jahren gehen die Notfallvorräte zurück. Umso unverständlicher, dass immer noch homo- und bisexuelle Männer pauschal von der Blutspende ausgeschlossen werden. Das ist nicht nur diskriminierend, sondern grob fahrlässig.

Männer, die Sex mit anderen Männern hatten (MSM), sind danach zwölf Monate lang von der Blutspende ausgeschlossen. Ein Jahr Enthaltensamkeit – das ist lebensfremd und medizinisch völlig überzogen. Denn: Jede einzelne Blutspende wird getestet. Auch HIV-Infektionen sind nach einem diagnostischen Fenster von sechs Wochen bereits zuverlässig nachweisbar. Für die vorgeschriebene Enthaltensamkeit von zwölf Monaten gibt es keine wissenschaftliche Begründung.

Der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn behauptete lange, dass es zum pauschalen Ausschluss von Männern, die Sex mit Männern haben, keine sichereren Alternativen gibt.

Das Gegenteil ist richtig: Alle Spender/innen müssen vor der Blutspende zu ihrem individuellen Risikoverhalten befragt werden – unabhängig von ihrer sexuellen Identität. Wer als schwuler Mann in einer monogamen Beziehung lebt, Kondome nutzt und sich regelmäßig testen lässt, hat ein geringeres Infektionsrisiko als sein heterosexueller Nachbar, der noch letzte Nacht bei einem One-Night-Stand anonym und ungeschützt mit einer Frau geschlafen hat, weil sie ja die Pille nimmt. Dem Ersten eine Blutspende zu verbieten und im zweiten Fall eine Infektion zu riskieren ist nicht nur scheinheilig, sondern doppelt fahrlässig.

Auch transsexuelle Menschen werden noch immer als separate Risikogruppe in den Richtlinien aufgeführt. Die unfassbare offizielle Begründung von 2012 lautet:

„Da sich viele Transsexuelle, die eine vollständige Geschlechtsumwandlung anstreben, beruflich ausgegrenzt und gesellschaftlich diskriminiert fühlen, arbeiten viele als Prostituierte, um auf diese Weise nicht nur den Lebensunterhalt zu verdienen, sondern auch die Operationskosten zu erwirtschaften.“

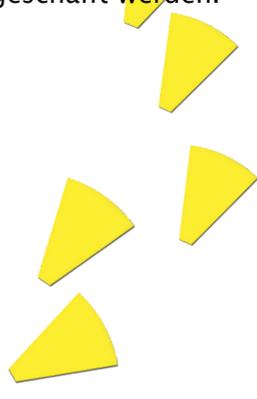
Als Quelle verweist die Bundesärztekammer allen Ernstes auf 300 Inserate einer Erotik-Website. Wer so unseriös argumentiert, hat nicht ernsthaft die Gesundheit der Blutspendeempfänger/innen im Sinn, sondern wird zum Opfer seiner diskriminierenden Vorurteile. Es braucht eine Regelung für alle Menschen mit sexuellem Risikoverhalten – egal ob hetero, trans*, cis, lesbisch, schwul oder einfach nur queer.

Mit einem Antrag im Deutschen Bundestag haben wir Freie Demokraten etwas Bewegung in die Debatte gebracht. Inzwischen hat auch Jens Spahn erkannt, dass das Blutspendeverbot nicht auf einer wissenschaftlichen Notwendigkeit, sondern auf einem diskriminierenden Pauschalurteil beruht. Der „Arbeitskreis Blut“ diskutiert nun, ob die Rückstellfrist von der Blutspende zumindest von zwölf auf vier Monate reduziert werden kann. Das wäre natürlich besser als die bisherige Richtlinie, aber die Diskriminierung bleibt.

Andere Länder haben das Blutspendeverbot längst gelockert oder ganz aufgehoben – vor wenigen Monaten erst die USA, Ungarn und Brasilien. Aus Italien, Kanada und Großbritannien liegen bereits Studien vor, die die Auswirkungen der Aufhebung des Blutspendeverbots untersucht haben.

Das wenig überraschende Ergebnis: Die Lockerung der Blutspendeverbote hat nicht zu einer Erhöhung des Infektionsrisikos geführt.

Blut ist nicht schwul oder hetero. Kein Patient soll sterben müssen, weil der mögliche Blutspender der deutschen Richtlinie zu schwul war. Nicht die sexuelle Identität, sondern das individuelle Risikoverhalten ist entscheidend. Das pauschale Blutspendeverbot für homo- und bisexuelle Männer muss endlich abgeschafft werden.



Jens Brandenburg MdB ist JuLi Mitglied und in der FDP-Bundestagsfraktion Sprecher für LSBTI.

Antisemitismus in Deutschland

Die Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion Deutschland, Anna Staroselski, schreibt über Antisemitismus und wie Juden und Jüdinnen in Deutschland die verschiedensten Konfrontationen erleben müssen.

„Wie, du bist jüdisch? Du siehst gar nicht so aus!“ Und es herrscht Verwirrung, denn diese Bilder passen nicht mit der vor einem stehenden Person zusammen. Bilder von Konzentrationslager-Häftlingen, von ultra-orthodoxen Männern mit langen Bärten und Schläfenlocken oder von Benjamin Netanjahu erscheinen vor dem inneren Auge, wenn man das Wort „Jude“ hört. Und weiter „Sag mal, wie lebt es sich als Jüdin in Deutschland? Hast du auch schon mal Antisemitismus erlebt?“

Um diese Fragen zu beantworten, bedarf es einer Begriffsanalyse vorab. Der Begriff „Antisemitismus“ erweckt den Anschein einer wissenschaftlichen Theorie. Obgleich dieser Begriff im 19. Jahrhundert von Judenfeinden geschaffen wurde, um mit ihm für Judenhass zu werben, handelt es sich heute dabei um eine „bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“

Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein“, erklärt die International Holocaust Remembrance Alliance. Diese sogenannte IHRA-Arbeitsdefinition führt weiter Beispiele auf, die verdeutlichen, wie und auf welche Weise sich Antisemitismus äußert. Soweit zur Theorie, aber wie steht es um die Praxis – dem Alltag in Deutschland?

Jedes jüdische Kind, dass sich als „Jude outet“ hat Antisemitismus erfahren! Seien es unangebrachte Witze über die Shoa, Beleidigungen, Drohungen oder gar körperliche Auseinandersetzungen. Die jüdische Oberschule in Berlin nimmt jährlich jüdische Schülerinnen und Schüler auf, die aufgrund von Antisemitismus-Erfahrungen an einer öffentlichen Schule nicht mehr zur Schule gehen können. Denn die Schulleitung dort ergreift keine konsequenten Maßnahmen, die Lehrkräfte sind nicht im Stande dazu, sensibel mit dem Thema umzugehen, ein differenziertes Bild jüdischen Lebens in Deutschland aufzuzeigen und die Lehrbücher sind teilweise mit Antisemitismusstreuenden Inhalten gefüllt, die jüdische Menschen im besten Fall als Fremde und Exoten und im schlimmsten Fall in unkommentierten Stürmer-Karikaturen portraituren.

Antisemitismus ist keine Form der Fremdenfeindlichkeit, denn Jüdinnen und Juden sind keine Fremde in Deutschland! 2021 feiern wir 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland. Jüdisches Leben ist auf diesem Boden älter als die Bundesrepublik! Deutschland hat als Standort eine enorm wichtige Rolle für die Entfaltung des modernen Judentums weltweit gespielt – die moderne Orthodoxie, sowie das liberale Judentum sind hier entstanden. Spricht man also über „deutsche Juden“ oder „jüdisches Leben in Deutschland“ lohnt ein Blick in die Vergangenheit außerhalb der Jahre 1933–1945. Zahlreiche jüdische Wissenschaftler, Politiker und Kulturschaffende prägten unser Land.

Als aber 2014 auf offener Straße „Kindermörder Israel“ skandiert wurde, hatten sich viele jüdischen Bürger erstmals erneut die Frage gestellt, ob es noch sicher sei in Deutschland zu leben. Im letzten Jahr kam es zum antisemitischen Anschlag auf die Synagoge in Halle, in diesem Jahr zu mehreren Übergriffen auf Jüdinnen und Juden im gesamten Bundesgebiet. Es ist zutiefst beschämend, dass nur zwei Generationen nach dem in Deutschland das größte Verbrechen der modernen Menschheitsgeschichte – die Shoa – begangen wurde, es erneut zu antisemitischen Anfeindungen und Anschlägen auf jüdische Menschen in Deutschland, zu Schlussstrichdebatten und Shoaleugnungen kommt. Antisemitische Verschwörungserzählungen finden ihre Verbreitungen im Netz und durch die Corona-Demonstrationen

auch zunehmend wieder auf offener Straße. Dabei bedienen sich rechte, linke oder islamistische Antisemiten oft ähnlicher Erzählungen, Mythen und Bildern. Beispielsweise die Vorstellung davon, dass es eine privilegierte Elite gäbe, die die Welt beherrschen und die Völker in seine Abhängigkeit drängen wolle. Diese Elite kontrolliere die Medien, ziehe Strippen hinter der Weltpolitik und möchte all denjenigen, die das „System“ durchschaut hätten den Mund verbieten. In diesem Zusammenhang tritt oft das Bild einer Krake, einer Spinne oder eines Strippenziehers auf. In linken Kreisen geht damit eine vermeintliche Kapitalismuskritik einher, in rechten Kreisen spricht man von dem „Bevölkerungsaustausch“ – dem scheinbaren Ziel das christliche Abendland zu zerstören und die „weise“ Bevölkerung zu ersetzen. Der historische Antijudaismus, den insbesondere Martin Luther schärfte, richtet sich gegen das Judentum als Religion. In seinen „Judenschriften“ warb Martin Luther dafür die Teufelsanbeter und Heilandsmörder (Jüdinnen und Juden) zu bestrafen.





Diese Schriften fanden im Nationalsozialismus ihr Revival und waren dienlich für die entmenschlichende Entwicklung des Rasseverständnisses. Juden als Parasiten, als Unheilsbringer. „An allem sind die Juden schuld“ sang 1931 der Komponist und Satiriker Friedrich Holländer – seither hat sich wenig geändert.

Bezogen auf den israelisch-palästinensischen Konflikt hört man zu Häufen: „Was ihr Juden da unten mit den Palästinensern macht, ist ja nicht besser als das, was die Nazis mit Euch gemacht haben“ oder „gerade die Juden müssten es doch besser wissen“. Unabhängig davon, wie man zur Innenpolitik des Staates Israel steht, wird mit Aussagen, wie diesen zum einen die Shoa verharmlost, zum anderen eine Täter-Opfer-Umkehr betrieben und schließlich Juden für die Handlungen der israelischen Regierung verantwortlich gemacht. „Meine“ Regierung ist in erster Linie die Deutsche, nicht die israelische.

Wie es sich als Jüdin in Deutschland lebt? Hin- und hergerissen zwischen der Sorge sicher zu sein, auf das „Jüdischsein“ reduziert zu werden und dem Wunsch mitgestalten und sich einbringen zu wollen. Es kann nicht sein, dass Jüdinnen und Juden im Jahre 2020 nicht sicher in Deutschland leben können!



Anna Staroselski ist Präsidentin der JSUD und Mitglied bei den JuLis Berlin.



Die Verherrlichung der weiblichen Reize durch die moderne Meme-Gesellschaft von Eileen Lerche

Brrrrrr. Das Smartphone vibriert. Steve hat mal wieder ein lustiges Meme in die Männergruppe meines Freundes geschickt. Er lacht aus tiefster Seele und dreht das Handy zu mir um. Es ist wieder einmal eines dieser lustig gemeinten Bildchen, die eine nackte Frau mit irgendeinem lustigen Text zeigt. Ich schaue ihn an und frage: „Meinst du die Frau auf dem Bild findet das auch lustig?“

75% der erwachsenen Frauen wurden schon einmal sexuell belästigt. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Befeuert durch die Anonymität im Internet, durch unser Verlangen nach Freiheit und Modernität verschiebt sich die Grenze des Erlaubten immer weiter. Glaubte ihr etwa im 19. Jahrhundert wären Fotos von nackten Frauen gesellschaftsfähig oder gar lustig gewesen?

Doch eine freie Gesellschaft sollte sich niemals daran messen lassen, wie gesellschaftsfähig nackte Frauen sind. Eingepackt in Humor verschleiern die Memes aber das eigentliche Problem. Verherrlicht man die Reize einer Frau, verlieren sie ihren Schutzwert. Vom nackten Meme über einen „geilen Arsch“ bis hin zum Angrapschen in der Disco fehlt nicht mehr viel.

Nach kurzer Recherche finden sich allerlei lustige Bildchen im Chatverlauf. Ich habe es dann mal mit Aufklärung versucht. Aber jegliche Argumente wurden mit „Naja, sie hat das Foto doch freiwillig gemacht“ oder „Ach komm schon, das ist doch nur ein Bild. Ich würde niemals eine Fremde angrapschen“ abgeschmettert.

In einer Gesellschaft, in der man Upskirting ausdrücklich verbieten muss, macht mir der Umgang mit den sexuellen Reizen einer Frau nicht gerade Mut. Wir können noch so viel Gleichberechtigung und Genderneutralität fördern, wenn parallel die Reize der Frau vergesellschaftet werden. Ein Parteivorsitzender, der einem Bundesparteitag ein gewisses Bild in den Kopf setzt, ist zusätzlich nicht förderlich. Doch viele sehen das Problem nicht, oder wollen es einfach nicht sehen.





„Empfindest du solche Bilder wirklich als Problem“ fragt mich mein Freund. „Ich dachte einfach nicht, dass so ein paar Bilder einen solchen Einfluss hätten“. Haben sie aber. Der Grad zwischen erotisch, billig und lustig ist sehr schmal. Wie sollten wir als Gesellschaft also mit den „nackten“ Tatsachen umgehen? Wer den hiesigen Sportevents folgt, erinnert sich vielleicht noch an den Superbowl 2004 zurück. Justin Timberlake riss aus Versehen in der Halbzeitshow Janet Jackson zu viel Klamotten ab und entblößte ihre nackte Brust. Danach nur noch als „Nippelgate“ bekannt, hatte diese Show allerdings folgen. Seither wird der Superbowl um wenige Sekunden verzögert gesendet, um zukünftige Entblößungen zu vermeiden. Schließlich schauen auch Kinder zu und in Amerika ist es verpönt in öffentlichen Shows solche Anzüglichkeiten ausstrahlen. Auch wenn ich diesen Vorfall als Unfall abstempeln kann, so finde ich das Signal doch richtig. Nackte Tatsachen sind höchst privat und sollten nicht gesellschaftsfähig verbreitet werden. Wenn etwas allerdings lustig ist, dann ist es sehr wohl gesellschaftsfähig verbreitbar. Dadurch scheinen solche Bilder auf den ersten Blick vielleicht harmlos. Nicht verharmlosen dürfen wir allerdings, dass die online und offline-Welt immer mehr verschmelzen und quasi eins werden.

Die Grenze, was wir online machen und offline lassen sollten vergessen wir allerdings immer öfter. In unseren Köpfen setzt sich fest, es sei in Ordnung eine nackte Frau anzusehen und das auch noch (mit entsprechenden Sprüchen) lustig zu finden. Ich persönlich glaube, dass dieser Vorgang dazu beitragen kann, dass es für manche auch offline O.K. ist die Nacktheit einer Frau nicht mehr als ihre Privatsache anzusehen.

Wir, als Vertreter*innen der freiheitlichen Gesellschaft müssen das Problem aufdecken, erklären und aufklären. Dann bekommen wir vielleicht ein wenig von unseren eigenen Reizen zurück.



Eileen Lerche ist Kreisvorsitzende bei den Julis SBK.

Antiziganismus im Alltag

In diesem Beitrag schreibt Chana Dischereit, aus dem Verband der deutschen Sinti und Roma, über Antiziganismus und die Arbeit von ihrem Verband.

Antiziganismus ist eine Form des Rassismus und von Diskriminierungspraktiken, die sich gegen Menschen mit Romani-Hintergrund richten. Antiziganismus wirkt sich zum größten Teil auf Bereiche aus, wie Wohnen, Arbeit, Gesundheit und Bildung. Laut der Leipziger Autoritarismus Studie von 2018 möchte über die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland nicht neben Sinti und Roma wohnen. Dies führt zu Benachteiligung von Menschen mit Romani-Hintergrund auf dem Wohnungsmarkt. Genauso verhält es sich beispielsweise bei der Arbeitssuche oder in Ausbildungsplätzen. Viele junge Menschen brechen die Ausbildung aufgrund von Diskriminierung ab (Bildungsstudie 2011). Antiziganismus wirkt sich auch auf die Bildungssituation aus. Nach dem Völkermord waren die wenigen Überlebende zumeist sehr jung und hatten aufgrund des teilweisen Schulverbots und der langen Inhaftierung in Konzentrationslagern keine Schule besuchen können. Dieses Bildungsdefizit aufzuarbeiten beschäftigt auch heute noch die Bürgerrechtsarbeit der Sinti und Roma.

Antiziganismus führt leider auch zu Gewalt, wie kürzlich der Fall in einem Dorf in der Nähe von Ulm aufgezeigt hat.

Fünf junge Erwachsene warfen 2019 eine brennende Fackel auf eine Unterkunft von französischen Staatsbürgern, die der Minderheit angehören. Das LKA, die Staatsanwaltschaft und das Gericht betonten während der Ermittlung bzw. des Prozesses den antiziganistischen Tathintergrund. Die Täter wurden wegen gemeinschaftlicher schwerer Nötigung (Vertreibung) verurteilt.

Der Begriff Antiziganismus stammt aus den 1920er Jahren und wurde in Deutschland von der Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma in den 1980er Jahren eingeführt. Die Minderheit kämpfte u.a. für die Anerkennung als Opfer des NS-Regimes und für eine Beendigung der Sondererfassung durch die Polizei. Erst 1982 wurden Sinti und Roma von der Bundesregierung als Opfer des Holocaust anerkannt. Das Mahnmal für die ermordeten Sinti und Roma Europas entstand 2012 in Berlin, nachdem die Bürgerrechtsbewegung dies mit Nachdruck eingefordert hatte. In der frühen Bundesrepublik teilten Behörden, aber auch der Bundesgerichtshof die im Nationalsozialismus vorherrschende Ansicht, dass Menschen mit Romani-Hintergrund per se kriminell seien und die Verfolgung durch das Nazi-Regime zumindest bis 1942 legitim gewesen sei.

Für dieses Urteil von 1956 entschuldigte sich der BGH 2016.

Die Sensibilisierung von Politik, Behörden und Einrichtungen des öffentlichen Lebens sind ein ständiger Teil unserer Arbeit. In Baden-Württemberg hat der Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg (VDSR-BW) gemeinsam mit der Landesregierung ein Pilotprojekt entwickelt. Der erste Staatsvertrag wurde 2013 zwischen der Landesregierung und dem VDSR-BW für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen. Da sich dieser bewährt hat und im Europäischen Parlament als „best practice“ gilt, wurde der Vertrag 2018 für die Dauer von 15 Jahren erneut abgeschlossen.

In dem Staatsvertrag verpflichtet sich das Land die Förderung und den Schutz der Minderheit (finanziell) zu unterstützen. Dies beruht auf dem Bewusstsein geschichtlicher Verantwortung und der Anerkennung der Verpflichtungen aus dem Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten und der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen.

Im Vertrag werden Aufgaben und Ziele festgelegt, beispielsweise in der Bekämpfung und Erforschung des Antiziganismus, Förderung von Bildungsteilhabe, Beratung und Förderung der Sprache und Kultur. Das gilt auch für zugewanderte Menschen mit Romani-Hintergrund.

In Baden-Württemberg wurde mit dem Staatsvertrag auch ein Rat für die Angelegenheiten Deutscher Sinti und Roma etabliert. Hier treffen sich regelmäßig Vertreter*innen der Politik, Ministerien, Kommunen und Vertreter*innen der Minderheit, um aktuelle Entwicklungen und Probleme auf Augenhöhe zu besprechen.

Der neue Schwerpunkt der EU-Rahmenstrategie bis 2030 liegt auf der Gleichberechtigung, Inklusion und Partizipation von Menschen mit Romani Hintergrund. Projekte sollen gemeinsam und auf Augenhöhe mit Menschen mit Romani-Hintergrund entwickelt und in Gang gesetzt werden. Viel zu oft scheitern Projekte, weil sie am Kernproblem vorbei gehen oder weil bestimmte Diskriminierungsaspekte nicht berücksichtigt werden.



Chana Dischereit ist Wissenschaftliche Referentin im Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg.

Diskriminierung ist für LGBTIQ immer noch Alltag

Benjamin Brandstetter schreibt, als Vorsitzender der Liberalen Schwulen und Lesben, über die Diskriminierung gegenüber gleichgeschlechtlichen Paaren.

Welche Diskriminierung? Es ist doch alles erreicht.“, „Habt ihr keine anderen Sorgen?“, „Warum gibt es eigentlich keinen CSD für Heteros?“ – all das sind Originalkommentare unter Social-Media-Postings zu LGBTIQ-Themen. Ich selbst biete den Kommentatoren, meist sind sie männlich, dann immer gerne an mit mir in einer Innenstadt ihrer Wahl für eine Stunde Händchen zu halten. Leider hat noch nie jemand zugesagt und sich auf das Experiment eingelassen. Für Menschen, die tatsächlich zu einer sexuellen oder geschlechtlichen Minderheit zählen, ist es kein Experiment, sondern Alltag, ob sie in der Öffentlichkeit zeigen, wer sie sind. In einer aktuellen Studie gaben 45% der Befragten in Deutschland mit gleichgeschlechtliche*r Partner*in an, öffentlich nicht Hand in Hand gehen zu wollen. 36% der Befragten seien in den letzten 12 Monaten belästigt worden, 13% sogar schon einmal körperlich angegriffen worden. Fast 40% der Deutschen lehnen schwule Küsse in der Öffentlichkeit ab, 18% halten Homosexualität für unnatürlich. Zwar ist es einerseits zutreffend, dass homophobe Einstellungen in der Bevölkerung insgesamt eher abnehmen, gleichzeitig scheinen jedoch insbesondere Gewalttaten gegen LGBTIQ eher zuzunehmen und noch

immer gehören Diskriminierungserfahrungen zum Alltag. Besonders alarmierend sollte außerdem sein, dass das Suizid-Risiko bei LGBTIQ-Jugendlichen um ein dreifaches höher ist als bei gleichaltrigen Heterosexuellen. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Was also kann getan werden?

Noch immer findet Aufklärung an Schulen viel zu wenig statt, das Wort „schwul“ kommt als Schimpfwort auf den Schulhöfen, aber kaum im Unterricht vor. Es müssen daher erstens Bildungspläne endlich konkretisiert und die Aus- und Fortbildung von Lehrer*innen. Zudem sind ehrenamtliche Initiativen, die wichtige Arbeit auch an Schulen leisten, zu stärken. Leider hat die grün-schwarze Landesregierung in Baden-Württemberg hier massiv gespart. Zweitens braucht es mehr digitale Beratungsangebote vor allem für junge LGBTIQ-Menschen, denn insbesondere in ländlichen Regionen haben sie mehr mit Vorurteilen zu kämpfen und gleichzeitig gibt es dort kaum Hilfsangebote. Drittens gibt es bei vielen LGBTIQ-feindlichen Straftaten immer noch eine sehr hohe Dunkelziffer, da sich viele nicht trauen Anzeige zu erstatten.



Die Polizei muss deshalb stärker sensibilisiert werden. Solche Straftaten müssen außerdem als eigene Kategorie in der Kriminalstatistik aufgelistet werden, um Klarheit über das tatsächliche Ausmaß zu haben. Viertens müssen auch die tatsächlich immer noch bestehenden rechtlichen Diskriminierungen wie das Blutspendeverbot für homo- und bisexuelle Männer abgeschafft werden. Schließlich lassen sich gesellschaftliche Vorurteile nur schwer bekämpfen, wenn genau diese Vorurteile rechtlich zementiert sind. Fünftens muss LGBTIQ-Feindlichkeit immer bekämpft werden, egal von wem sie ausgeht. Auch ich habe Diskriminierung erlebt, diese ging meistens von älteren weißen Männern aus. Der Hass auf sexuelle und geschlechtliche Minderheiten ist jedoch auch bei vielen Migrant*innen verbreitet. Hier braucht es weder falsche Toleranz, noch Monokausalität, die nur in der Herkunft die Ursache für Homo-, Bi- oder Transphobie sieht.

Nicht zuletzt liegt es aber in der Hand von uns allen, gegen Diskriminierung zu kämpfen.

Egal, ob jemand aufgrund seiner sexuellen oder geschlechtlichen Identität, seiner Herkunft, seinem Glauben oder seiner Hautfarbe ausgegrenzt, gedemütigt oder angegriffen wird: Schreitet ein und seid wachsam. Guido Westerwelle hat einmal gesagt „bevor ich sterbe, wird Schwulsein eine Selbstverständlichkeit sein“. Leider war dem vor vier Jahren nicht so und dem ist auch heute nicht so. Wir alle sollten deshalb Farbe bekennen für eine bunte Gesellschaft.



Benjamin Brandstetter ist Landesvorsitzender der Liberalen Schwulen und Lesben BaWü. Mitglied werden kann man dort übrigens auch als Hetero.

Migration ist die Mutter aller Vielfalt

Denis und Robert schreiben gemeinsam über Migranten in Deutschland und den Verband „Liberale Vielfalt“.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Dafür haben Einwanderung von Fachkräften, Gastarbeitern, Spätaussiedlern, Flüchtlingen, Studierenden, sowie Zuwanderung und Rückkehr von Juden aus Israel und anderen Ländern gesorgt. Nicht nur das, Deutschland ist geprägt von einer langen Geschichte religiöser und ethnischer Vielfalt. Deshalb, lieber Herr Seehofer, ist Migration nicht die Mutter aller Probleme, sondern vielmehr die Mutter aller Vielfalt und des Wachstums unserer Gesellschaft.

Von Juden bis zur modernen Einwanderung

Juden leben in Deutschland schon seit der Antike, Sinti und Roma seit dem Mittelalter, Hugenotten seit dem Zeitalter der Aufklärung, und koloniale Migranten seit dem Imperialismus während des Kaiserreiches. So lebten 1905, vor der modernen Einwanderung, schon über eine Millionen Ausländer in Deutschland. Für all diese wurde es ihre Heimat. Doch fühlt es sich auch wie Heimat an?

Fehlt uns noch an Migranten?

Inzwischen hat jeder vierte Mensch in Deutschland einen Migrationshintergrund. Das zeigt sich auch an den 1.2 Millionen Selbstständigen mit Migrationshintergrund und über 700.000 Unternehmen, Restaurants und Läden, die von Migranten gegründet wurden. Hierzu zählen nicht nur Dönerbuden, Shisha-Bars, Wettbüros und Pizzerias, sondern auch Impfstoff Produzenten, Start-Ups und etliche Mittelständler. Diese sind eine Bereicherung für unsere Wirtschaft und Kultur. Doch das reicht noch nicht. Für die CDU/CSU ist jeder Migrant zunächst eine Bedrohung bis er assimiliert ist, während er für Die Linke auf die Rolle eines Hilfesuchenden reduziert wird. Die Realität ist vielfältiger. Wir wollen erreichen, dass die liberale Familie dieses Thema realitätsnah kommuniziert. Ansonsten macht das niemand.

Liberale Migranten machen jetzt Politik!

Die Auseinandersetzung mit unserer multiethnischen und multireligiösen Gesellschaft ist mit Konflikten behaftet. Dabei tragen politische Ränder und internationale Akteure zu einer Polarisierung der Debatte bei.



Viele Deutsche mit Migrationshintergrund fühlen sich und ihre Stimme in diesen politischen Debatten nicht ausreichend repräsentiert und wahrgenommen. Eine Brücke zu den Parteien besteht oft nicht. Deshalb haben wir uns zusammengeschlossen und die Liberale Vielfalt ins Leben gerufen. Wir sind Julis, FDPLer, FNF Stipendiaten und unabhängige liberale Freidenker, viele mit Migrationshintergrund und uns eint eine gemeinsame Vision: eine bessere Heimat.

Wir sind #Brückenbauer zwischen dem organisierten Liberalismus und den verschiedenen Migrantenselbstorganisationen.

Wir sind #PlattformSchaffer für die Liberalen unter uns mit Migrationshintergrund, jüdischem Glauben oder Spätaussiedler Hintergrund für Selbstrepräsentation und Diskussion.

Wir verwirklichen den #GermanDream und ermöglichen diesen Personen die Teilhabe am politischen Prozess.

Kanacken und Co. unter sich?

Jeder, der zu unseren Zielen beitragen will und dem der Liberalismus gefällt, ist bei uns willkommen und kann Mitglied werden. Ein Migrationshintergrund ist keine Voraussetzung, genausowenig wie eine FDP Mitgliedschaft. Wir sind zur Zeit in der Aufbauphase. Nach dem Bundesverband haben sich bereits zwei Landesverbände gegründet und einige Abgeordnete sind schon Mitglieder. Wir arbeiten zurzeit an unseren ersten Veranstaltungen und Podcasts. Um Updates dazu und zu unserem Grundsatzprogramm zu erhalten, folgt uns auf Instagram und Facebook.

Wir brauchen dich!

Wenn du dich mit uns für die genannten Ziele einsetzen willst, Lust hast am Mondfahrt Projekt des Aufbaus einer liberalen Migrantenselbstorganisation mitzuwirken, dann schreib uns und werde Mitglied. Ihr erreicht uns unter info@liberalevielfalt.de.



Denis Anwar (23) studiert im Master International Political Economy am King's College London. **Robert Dehghan** (24) studiert im Master Management an der Universität Mannheim. Beide sind Mitbegründer und im Bundesvorstand der Liberalen Vielfalt und verantworten dort die Programmatik mit Robert. Ihr erreicht sie unter: anwar@liberalevielfalt.de und dehghan@liberalevielfalt.de

Termine

05.01.2021 | Landeshauptausschuss der FDP
Baden-Württemberg

06.01.2021 | 3 Königstreffen der FDP

16.01.2021 | Digitaler Bundeskongress
der Jungen Liberalen

30.01.2021 | Digitaler Liberaler-Zukunftstag

FREIHEITSFUNK



Marianne Schäfer, Kandidatin für die Landtagswahl 2021.

Folge 5:
**Road to Landtag mit
Marianne Schäfer.**



Lorraine Schönrock, Beisitzerin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Wir bewegen uns mit großen Schritten auf unser Doppelwahljahr 2021 zu. Gerade für unsere Landtagswahl haben wir eine große Menge engagierter JuLis, die unsere Ideen in die Parlamente tragen wollen. In den nächsten Wochen werden wir sie euch vorstellen.

Den Anfang macht Marianne Schäfer - die Landtagswahlkandidatin für den Wahlkreis Freiburg. Als langjähriges und liebgewonnenes Mitglied dürften die meisten von euch Sie bereits kennen.

Wie Marianne zu Nachhaltigkeit steht oder welche Ideen sie hat um die Digitalisierung in unserem Land voranzutreiben erfahrt ihr, wenn ihr euch den neuen Podcast anhört!

<https://www.julis-bw.de/freiheitsfunk-der-juli-podcast/>.